



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation von Regina Werthmüller, Grüne Fraktion: Gegen das Vergessen**  
**Autor/in:** [Regina Werthmüller](#)  
**Mitunterzeichnet von:** --  
**Eingereicht am:** 5. September 2013  
**Bemerkungen:** --  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Bis spät in die 80ziger Jahre wurden Kinder und Jugendliche in der Schweiz Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen. In einem Gedenkgottesdienst, im April dieses Jahres entschuldigte sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga bei diesen Opfern.

Sie sprach vom Anfang einer umfassenden Aufarbeitung die juristische, historische und finanzielle Folgen haben müsse. Geschehenes Unrecht kann niemals rückgängig gemacht werden, aber durch die Schuldanerkennung diverser Institutionen, die bei diesem Thema zu lange die Augen verschlossen hielten, kann bei vielen Betroffenen der Umgang mit posttraumatischen Belastungsstörungen gelindert und Gesundung, sowie Heilung gefördert werden.

Die Anerkennung einer Schuld ist ein erster Schritt, jedoch müssen darauf jetzt Taten folgen. Auf Bundesebene sind dazu bereits Massnahmen ergriffen worden. Zum Beispiel die Aufschaltung einer Webseite, über die sich die Betroffenen die gewünschte Hilfe und Informationen einholen können.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten und den Landrat über die bereits getroffenen Massnahmen und allfälligen daraus abzuleitenden Handlungen zu informieren.

1. In welchen Heimen im Kanton BL waren Kinder und Jugendliche von fürsorglichen Zwangsmassnahmen betroffen?
2. Hat der Kanton Massnahmen geplant und eingeleitet, um sich in Zusammenarbeit mit diesen Institutionen, für die Wiedergutmachung gegenüber den Betroffenen einzusetzen?
3. An wen können sich Betroffene im Kanton BL wenden, wenn sie als Kind oder Jugendliche Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen waren? Mit welcher Unterstützung können sie rechnen?